



Marathondebatte im Bundeshaus: Der Nationalrat diskutiert über die Coronapolitik des Bundesrats.

Bild Anthony Anex / Keystone

Emotionale Debatte zur Pandemiepolitik

Mehrere bürgerliche Nationalratsmitglieder haben am Montag emotionale und teils wütende Worte an den Bundesrat gerichtet und dessen Coronapolitik gegeißelt. Das Parlament müsse das Zepter wieder übernehmen.

von Sebastian Gänger

Beim Prolog zur sechs- bis siebenstündigen Marathondebatte zu den Änderungen im Covid-19-Gesetz in der grossen Kammer flogen am Montag wie erwartet die Wortfetzen. Ungewohnt scharf wurde gegen den Gesamtbundesrat geschossen.

Stellvertretend für die Landesregierung musste der SVP-Bundesrat und Finanzminister Ueli Maurer zuhören und sich rechtfertigen.

Bereits am Mittwoch vergangener Woche hatte die grosse Kammer mit einer Erklärung ihren Missmut über die zu langsamen Lockerungsschritte geäussert. Nun konnten sich alle Frak-

tionen zur Coronastrategie des Bundesrats äussern.

SVP wiederholt Diktaturvorwurf

Die vorgebrachten Vorwürfe sind teilweise happig. So ging es um den Vorwurf der Diktatur, um «inszenierte Theater» und um verlorene Nerven. «Tagtäglich werden Wirtschaftsfrei-



heit und Bewegungsfreiheit vom Bundesrat massiv beschränkt oder aufgehoben», sagte die Bündnerin Magdalena Martullo-Blocher für die SVP-Fraktion. Der Bundesrat regle bis ins kleinste Detail alles alleine, sogar wer wo sitzen dürfe. Am Vorwurf, dass der Bundesrat die Schweiz in eine Diktatur verwandelt habe, hielt Martullo-Blocher fest. «Bei der Diktatur handelt es sich laut Definition um wenige, die willkürlich über viele herrschen.» Es sei die Pflicht des Parlaments, die Kompetenzen des Bundesrats mit dem Covid-Gesetz zu beschränken.

Die SVP-Fraktion unterstütze die Forderung der vorberatenden Kommission, dass der 22. März als Öffnungsdatum ins Gesetz geschrieben werde und die wissenschaftliche Taskforce des Bundes nur noch mit ihrem Präsidenten in der Öffentlichkeit in Erscheinung trete, so Martullo-Blocher.

Die Mehrheit der Mitte-Fraktion will dies unterstützen, wie Leo Müller (Mitte, Luzern) erklärte. Es sei aber verschwiegen worden, dass die Kommission gleichzeitig beschlossen habe, «dass der Bundesrat weiter die Möglichkeit hat, Betriebe während maximal 90 Tagen zu schliessen».

Die FDP-Fraktion hatte vergangene Woche erklärt, auf feste Daten im Gesetz verzichten zu wollen. Trotzdem übte sie scharfe Kritik am Bundesrat. «Das Leben in permanenter Unsicherheit ist unerträglich», sagte Daniela Schneeberger (FDP, Basel-Landschaft). Der Bundesrat gebe in der Krise kaum Perspektiven, obwohl die Zahlen zeigten, «dass wir die Krise meistern».

Der Bundesrat müsse deshalb «neue Termine festlegen für weitere Öffnungen», sagte Schneeberger. Es fehle der Landesregierung aber am Willen, die eigene Macht loszulassen. Derzeit sei die Bevölkerung mit «willkürlichen staatlichen Einschränkungen der Freiheit» konfrontiert. Die Regierung müsste laut der FDP ihre Test- und Impfstrategie verstärkt umsetzen.

«Nutzlose Symbolpolitik»

Die Linke kritisierten in der Eintretensdebatte zum Covid-19-Gesetz nicht den Bundesrat, sondern jene bürgerlichen, «die das Ziel aus den Augen verloren haben», wie es Franziska Ryser (Grüne, St. Gallen) ausdrückte. «Sie riskieren eine Verlängerung der Krise, statt der Bevölkerung und den Unternehmen eine verlässliche Perspektive zu geben.» Die Kritik der SVP- und FDP-Fraktion an den eigenen Bundesräten sei «nutzlose Symbolpolitik», monierte Ryser. Sie zeigte sich ernüchtert: «Bei meiner Wahl in den Nationalrat hatte ich einen riesigen Respekt vor der Arbeit in diesem Haus.» Heute sei das anders.

Gegen die Beschränkung der Macht des Bundesrats ist auch die SP-Co-Parteipräsidentin Mattea Meyer (Zürich) hielt fest, dass die gesamte Gesellschaft in der Krise viel Geduld aufgebracht habe. «Wer die Nerven verloren hat, ist eine Mehrheit der vorberatenden Kommission. Sie haben mit dem Maulkorb für die Wissenschaft ein groteskes Theater aufgeführt.»

Auch die GLP lehnt die bürgerlichen Anträge ab. Jürg Grossen (GLP, Bern) sprach in diesem Zusammenhang von «Hauruckaktionen, die nichts bringen». Das Parlament müsse fortan mit der «notwendigen Verantwortung und Vernunft» handeln.

Finanzminister Ueli Maurer ging in seinem Votum nicht weiter auf die Kritik im Nationalrat ein. Er sagte nüchtern: «Die ganze Frage, was richtig und was falsch ist, muss diskutiert werden.» Der Bundesrat sei der Meinung, dass die gesundheitliche Lage laufend beurteilt werden müsse. Basierend darauf falle die Regierung ihre Entscheidung.

Anschliessend diskutierte der Nationalrat konkret über die zweite Revision des Covid-19-Gesetzes. Ganze 63 Seiten hat die Vorlage. Insgesamt 54 Minderheitsanträge und 24 Einzelanträge musste der Rat behandeln.

Die Debatte zog sich bis in den späten Abend hinein und war bei Redaktionsschluss dieser Zeitung noch im Gang (erste Beschlüsse siehe Kasten).

Nationalrat will Härtefallhilfe ausbauen

Der Nationalrat will die Härtefallhilfe für Unternehmen ausbauen. **Der Bundesrat wollte neu maximal zehn Milliarden Franken ausgeben. Der Nationalrat hat gestern Änderungen beantragt, die fast nochmals so viel kosten.** «Sie haben das Härtefallprogramm um rund neun Milliarden Franken ausgebaut», sagte Finanzminister Ueli Maurer anschliessend. Ein Drittel davon würden die Kantone tragen. Das heisse, dass alle Kantone Defizite schreiben würden. «Vielleicht müssen wir dann schon noch mal über die Bücher.» Die meisten Kosten verursacht, **dass die Bedingungen für den Bezug von Härtefallgeldern gelockert werden sollen.** Heute müssen Unternehmen Einsatzbussen von mindestens 40 Prozent im Vergleich zu früheren Geschäftsjahren verzeichnen. Der Nationalrat will diese Schwelle auf 25 Prozent senken. Dagegen sprachen sich die SVP und Teile der FDP aus. Zudem will der Nationalrat **zusätzliche 350 Millionen Franken für den Veranstaltungsbereich** bereitstellen sowie die **Voraussetzung für Erwerbsausfallentschädigungen für Selbstständige** von 40 auf 20 Prozent Umsatzeinbusse senken. (sda)